

Anfrage

öffentlich

Datum

02.03.2007

Nummer

F0057/07

Absender
Falko Balzer**SPD-Stadtratsfraktion**

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz TrümperGremium
StadtratSitzungstermin
15.03.2007

Kurztitel

Situation Brücken/Tunnellösung DB AG/Stadt MD/ MVB am
Damaschkeplatz, Ernst-Reuter-Allee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Deutsche Bahn AG plant, ab etwa 2010/2011 in verstärktem Maße Güterverkehr über die Magdeburger Strecke zu bringen. Um dies realisieren zu können, ist es erforderlich, die Traglast der Eisenbahnbrücken am Damaschkeplatz (es handelt sich hier um 9 einzelne Eisenbahnbrücken) zu ertüchtigen. Hinzu kommt, dass die rund 100 Jahre alten Brücken auch von ihrer Substanz her soweit verschlissen sind, dass zum genannten Zeitpunkt eine Erneuerung sowieso anstehen würde.

Außerdem will die DB AG ihre Gleise bündeln und die Streckenführung (Kölner Platz) optimieren.

Die Deutsche Bahn AG, die hier, sofern keine weiteren Aspekte hinzukämen, als Verursacher alleine diese Brückenbaumaßnahmen finanziell zu tragen hätte, hat ein vitales Interesse, im Wege des so genannten Kreuzungsrechts weitere Finanziers an dieser Maßnahme mit zu beteiligen.

Dies gelingt jedoch nur, wenn die im Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) beschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Konkret würde das hier bedeuten, dass ein Dritter in dem fraglichen Areal entweder bauen will oder bauen muss.

Hier nun setzt das Interesse der Stadt Magdeburg/der MVB ein, die eine Gelegenheit sehen, ein langjähriges verkehrliches Ärgernis (unbestreitbar ist die heutige Führung des Verkehrs/der Straßenbahn nicht optimal) unter dem Zwang dieser Umbaumaßnahme (der Deutschen Bahn) eben auch mit umbauen zu können.

Der Gedanke hierbei ist wohl, dass aus der geschilderten Situation der erforderlichen Bauleistungen der DB (als Wunsch der Stadt und MVB) heraus, das Land bereit sein müsste, die Förderung dieses Projektes ebenfalls mit großzügig abzusichern.

Vordergründig wird hierbei ein technisches Detail vorgeschoben. So besteht seit Jahren für die MVB eine Sondergenehmigung für die Durchfahrtshöhe 3,4 m. Üblich ist hier wohl eine zu fordernde Durchfahrtshöhe von einem lichten Maß von 4 m.

Im Vorfeld hatten sich sowohl die NASA als auch das MLV mit der rechtlichen Problematik befasst und waren zum Ergebnis gekommen, dass eine so genannte Folgepflicht (Mitfinanzierungspflicht) nach dem EKRГ jedenfalls dann ausscheidet, wenn die Stadt Magdeburg ihrerseits anlässlich dieser Umbaumaßnahme keine eigenen Wünsche anmeldet.

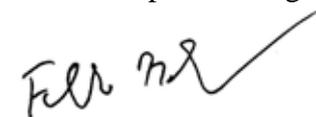
Aus den Wünschen der Stadt und/oder politischen Gründen scheint diese jedoch für die Stadt auszuschneiden. Den Stadträten wurde eine Beschlussvorlage mit 4 Varianten vorgelegt - mit der Begründung dass die Stadt MD bei jeder Variante kostenmäßig zu beteiligen wäre. Bekanntlich ist in der Volksstimme nachfolgend bereits von einem positiven Beschluss des Stadtrates der Stadt Magdeburg berichtet worden, wonach im Zuge des Umbaus der Bahnbrücken eine so genannte Tunnellösung als (kostengünstige) Vorzuglösung für den Straßenbahn- und den Straßenverkehr realisiert werden solle.

Untersetzt hat dies die Stadt Magdeburg mit einem internen Rechtsgutachten. Vor Entscheidung zur Bestätigung der Planungsvereinbarung mit der DB AG, die am 15.03.07 im Stadtrat (nachträglich?) legitimiert werden soll, bitte ich den Stadträten vorher dieses Rechtsgutachten sowie die ausführliche Begründung - warum hier nicht nach Folgepflicht gehandelt wird - zur allumfassenden Meinungsbildung den Stadträten zur Verfügung zu stellen.

Bei der Größe des Projektes, dies hat je nach Variante eine Größenordnung von insgesamt ca. 15 - 40 Millionen Euro, ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung der Stadt MD und der Entscheidung für „Prioritäten“ durch den Stadtrat ggf. ein Nachdenken/Umdenken erforderlich.

Weiter Informationen können mündlich gegeben werden um den Gedanken der Folgepflicht zu untersetzen und oder die Ziele für den MIV neu zu definieren.

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen und Aushändigung des Rechtsgutachtens vor der Entscheidung zur Planungsvereinbarung zwischen der Deutsche Bahn AG und der Landeshauptstadt Magdeburg (DS0005/07).



Falko Balzer
Stadtrat